

Ungleiche Zwillinge: Gewerkschafter in der SPD

Das Verhältnis zwischen der SPD und den Gewerkschaften bewegt sich im Spannungsfeld zwischen dem Grundprinzip der Einheitsgewerkschaft, welches – anders als „Richtungsgewerkschaften“ – weltanschauliche und politische Richtungsstreitigkeiten zu neutralisieren sucht, und einer weiterhin fortbestehenden Privilegierung des Verhältnisses des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften zu einer Partei, der SPD. Basierend auf den Daten einer Online-Befragung von 2.366 SPD-Aktivistinnen und -Aktivisten gehen wir der Frage nach, inwieweit dieses besondere Verhältnis auch heute noch Bestand hat und seinen Ausdruck in einer eigenständigen inhaltlichen Positionierung der gewerkschaftlich organisierten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten findet.¹

MARTIN BEHRENS, WADE JACOBY

1. Einleitung

Das Verhältnis zwischen der SPD und den Gewerkschaften ist wiederholt als pluralisierte (Neusser 2013) bzw. privilegierte Partnerschaft (Schroeder 2008) oder gar mit dem Bild der „Siamesischen Zwillinge“ (Ebbinghaus 1995) beschrieben worden. So schlugen Partei und Gewerkschaften zu Beginn ihrer jeweiligen Existenz ihre Wurzeln innerhalb desselben sozialen Milieus und gingen aus einer gemeinsamen sozialen Bewegung hervor. In der mehr als 150-jährigen gemeinsamen Geschichte war diese Partnerschaft allerdings wiederholt großen Belastungsproben ausgesetzt. Großkonflikte wie beispielsweise die Auseinandersetzung um den Massenstreik Anfang des 20. Jahrhunderts (Miller 1981; Matthias 1982) oder die Wirtschafts- und Sozialpolitik der sozialliberalen Regierung unter Helmut Schmidt (1974–82) (Markovits 1986, S. 126ff.; Schneider 2000, S. 373ff.) stellten das Verhältnis auf eine harte Probe. Und spätestens mit dem Zufluss überwiegend akademisch gebildeter Mitglieder in der Folge der Studentenproteste Ende der 1960er Jahre hatte sich auch die soziale Basis der SPD ausdifferenziert und von jener der Gewerkschaften entfernt (Walter 2009, S. 68ff; Klecha 2007, S. 93).

Auch die zwischenzeitliche Hochstimmung nach der Nominierung des Kanzlerkandidaten Martin Schulz mag nicht darüber hinwegtäuschen, dass zuletzt unter der Kanzlerschaft Gerhard Schröders und der in seinem zweiten Ka-

binett (2002–2005) forcierten Arbeitsmarktreformen von „privilegierter Partnerschaft“ kaum mehr die Rede sein konnte. Zwar kam es am Ende nicht zum offenen Bruch zwischen SPD und den unter dem Dach des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) versammelten Gewerkschaften, jedoch waren deutliche Ablösungserscheinungen kaum zu übersehen. Hochkarätige Gewerkschaftsvertreter äußerten offene Kritik an der Politik der Regierung Schröder; Teile der Gewerkschaftsbewegung gingen gar einen Schritt weiter und schufen mit der 2004 gegründeten *Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit* (WASG), die regierungskritische SPD-Mitglieder und Gewerkschafter vereinte, ein alternatives Politikangebot (Olson 2007; Niedermayer 2006).

Wie diese jüngste Episode aus der langen gemeinsamen Geschichte von Partei und Gewerkschaften zeigt, schützt eine gemeinsame Vergangenheit nicht vor offenen Brüchen und Konflikten. Anders als dies die Vorstellung zweier miteinander eng verbundener „Siamesischer Zwillinge“ nahelegt, verfügen heute beide Schlüsselakteure über eigenständige Organisationsstrukturen sowie Organisationsprinzipien. Darüber hinaus sprechen auch die teils unterschiedlichen Populationen, aus denen sich die jeweiligen Mitglieder rekrutieren, für die Vermutung, dass trotz aller Überschneidungen die ▶

1 Wir danken Helge Baumann und den anonymen Gutachtern der WSI-Mitteilungen für wichtige Hinweise und Kommentare.

jeweilige Mitgliederbasis von Partei und Gewerkschaft unterschiedliche sozial-demografische Charakteristika aufweist.

Allerdings wissen wir aus früheren Studien auch, dass von einer vollständigen oder weitgehenden Entkoppelung nicht die Rede sein kann (Jacoby/Behrens 2016; Silvia 2013, S. 156f.). Es gibt auch nach den vielen Konflikten der vergangenen Jahrzehnte weiterhin bedeutende gewerkschaftliche Strömungen in der SPD, ebenso wie es weiterhin eine Sozialdemokratie innerhalb der Gewerkschaften gibt.

Basierend auf der Analyse von Daten einer Online-Befragung von 2.366 SPD- Aktivistinnen und Aktivisten (Abschnitt 3) geht der Beitrag den Fragen nach

- wie groß die Schnittmenge zwischen beiden Gruppen innerhalb der Partei ist
- und inwieweit sich die Gewerkschaft innerhalb der SPD in Bezug auf wesentliche sozialdemografische Merkmale vom Rest der Partei unterscheidet.

Im Mittelpunkt unserer Untersuchung steht die Frage, ob es sowohl in Bezug auf sozialdemografische Merkmale (4) als auch auf die Einschätzung zentraler sozialdemokratischer Politikinhalte (5) einen Unterschied ergibt, ob Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Mitglied einer Gewerkschaft sind oder nicht.

Neben dieser Perspektive auf zwei miteinander verflochtener *Organisationen* werden wir in einem zweiten Schritt auch die *individuellen Mitgliedschaftsentscheidungen* in den Blick nehmen und deren Folgen für die politische Programmatik der Partei analysieren. Im folgenden Abschnitt (2) werden beide Perspektiven nun näher ausgeführt und begründet.

2. Herausforderungen für das Verhältnis der Gewerkschaften zur SPD

Viele Gründe sprechen dafür, dass der Einfluss der Gewerkschaft innerhalb der Sozialdemokratie schwächer geworden ist, wenn nicht sogar völlig verschwunden sein könnte. Solche Gründe lassen sich im Wesentlichen drei Themenkreisen zuordnen. Ein erster Themenkreis oder Verursachungszusammenhang bezieht sich auf die organisatorische Verflechtung zwischen dem politischen System und den industriellen Beziehungen. So findet sich der gewerkschaftliche Netto-Organisationsgrad seit 1991 in einem stetigen Sinkflug und ging von 35,0% (1991) auf 17,7% (2013)² zurück (Visser 2016); ein Prozess, der nicht nur die Beitragseinnahmen der Gewerkschaften und damit deren Ressourcenausstattung in Mitleidenschaft gezogen hat, sondern auch deren gesellschaftspolitische Bedeutung. Es steht zu vermuten, dass mit der Mitgliederkrise die Bedeutung der (geschwächten) Gewerkschaften für die Partei abnimmt und damit auch die Notwendigkeit, positiv auf gewerkschaftliche Interessen Bezug nehmen zu müssen. In umgekehrter Richtung gibt es auch Hinweise darauf, dass sich Gewerkschaften im Zuge ihrer Mitgliederkrise verstärkt auf sich selbst, oder präziser:

auf die Stärkung der eigenen Organisation konzentrieren und sich somit von parteipolitischen Aktivitäten abwenden. Die wachsende Bedeutung des „membership organizing“ sowie der Aktivierung von Gewerkschaftsmitgliedern könnte ein Hinweis auf solche Prozesse sein (siehe z. B. Wetzel 2013) und ist zuweilen auch im Kontext eines größeren Autonomiegewinns der Gewerkschaften gegenüber einem zunehmend von der Mitgliederbasis entkoppelten Politikbetrieb diskutiert worden (Wetzel 2012, S. 170).

Ein zweiter Verursachungszusammenhang bezieht sich auf Veränderungen im politischen System sowie der Parteienlandschaft. So hat sich das deutsche Parteiensystem spätestens mit der Gründung der Grünen in den frühen 1980er Jahren fortlaufend weiter ausdifferenziert (Abedi/Siaroff 2011), sodass heute bereits sechs Parteien im Bundestag vertreten sind. Immerhin vier dieser Parteien (CDU, SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen) weisen sowohl in wahlsoziologischer als auch in organisatorischer und personeller Hinsicht Bezugspunkte zu den Gewerkschaften auf (Neusser 2013, S. 295). Eine solche diversifizierte Parteienlandschaft, so die Annahme, verwässert den politischen Einfluss der SPD und reduziert den Anreiz für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, sich in dieser Partei zu engagieren. Aus einer gewerkschaftlichen Perspektive betrachtet stärkt Parteienpluralität letztlich auch die Verhandlungsposition der Gewerkschaften (Spier 2017, S. 148).

In eine ähnliche Richtung weist die von Colin Crouch vorgetragene (fundamentale) Postdemokratiethese. Zwar seien die demokratischen Institutionen weiterhin intakt, so Crouch, jedoch würden diese zu einem reinen Spektakel verkommen: „Im Schatten dieser politischen Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten“ (Crouch 2008, S. 10). Hätte Crouch Recht und die wirklich bedeutsamen politischen Entscheidungen wären der Einflussosphäre von Parteien und Parlamenten entzogen, so bestünde für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter kaum mehr ein Anreiz, sich politisch in der SPD (oder auch anderen Parteien) zu engagieren.

Als ein dritter Verursachungszusammenhang sind schließlich fundamentale gesellschaftliche Veränderungen zu nennen. Von Bedeutung sind hier zunächst die unter der Regierung Schröder eingeführten Arbeitsmarktreformen (und das ihnen vorausgegangene „Schröder-Blair Papier“), die nicht nur einen tief greifenden Bruch in der deutschen Arbeitsmarktpolitik und hiermit auch der Zielbestimmung einer tragenden Säule des deutschen Sozialstaates mit sich brachten, sondern damit auch eine wesentliche Verbindungslinie zwischen Partei und Gewerkschaften infrage stellten. Die Glaubwürdigkeit der SPD als Träger eines in den Augen der Gewerkschaften tragfähigen gesellschaftlichen Gegenmodells hat nicht zuletzt unter der Agenda 2010 gelitten. Insgesamt

2 Dies sind die neuesten verfügbaren Zahlen des Netto-Organisationsgrads.

hatte aber die Plausibilität eines möglichen Gegenentwurfes zur entgrenzten und globalisierten Marktwirtschaft bereits zuvor, insbesondere mit dem Fall der Berliner Mauer, Schaden genommen. Folgt man letztlich der in den 1990er Jahren populären „End of History“-Debatte (siehe Fukuyama 1992; Niethammer 1997), so sei letztlich mit dem Untergang eines (wie auch immer defizitären) Gegenmodells einem politisch hegemoniefähigen Reformkonzept der Boden entzogen worden. Als Folge dieser De-Legitimierung wäre damit auch das politische Engagement der Gewerkschaften frustriert worden.

Sollten die genannten Entwicklungen im Bereich der Verschränkung von politischem System und industriellen Beziehungen, der Parteienlandschaft sowie der grundlegenden gesellschaftlichen Trends zutreffen und Wirkungskraft entfalten, so müsste dies auch Konsequenzen für das Verhältnis Partei-Gewerkschaft haben. Dies gilt es nun, empirisch zu überprüfen.

Nach den präsentierten Überlegungen ist zu erwarten, dass sich nur ein geringer Teil der SPD-Aktiven aus den Reihen der Gewerkschaften rekrutiert. Dies schließt Doppelmitgliedschaften in SPD und Gewerkschaften zwar keineswegs aus, der Anteil von Gewerkschaftern unter den besonders aktiven Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dürfte aber eher gering sein. An diese abnehmende Bedeutung von Gewerkschaftern innerhalb des SPD knüpft sich eine weitere Überlegung an: Ziehen sich die gewerkschaftlich organisierten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus der Partei zurück, so dürften die innerparteiliche Opposition gegen die mit der Agenda 2010 verbundene Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik geschwächt und konturierte Unterschiede in der politischen Bewertung dieses zentralen Elements sozialdemokratischer Programmatik eher geringer geworden sein.

Nun wäre es zu kurz gegriffen, die Mitgliedschaftsneigung in Partei und Gewerkschaft ausschließlich oder auch nur vorwiegend als Ausdruck von Entwicklungen auf der gesellschaftlichen Makroebene zu interpretieren. So wurden in der Gewerkschaftsforschung neben zyklischen, institutionellen und strukturellen Faktoren eine Vielzahl individueller Merkmale mit der Gewerkschaftsmitgliedschaft in Verbindung gebracht (siehe Knyphausen-Aufseß et al. 2010; Schnabel/Wagner 2005; Ebbinghaus/Göbel 2014). Eine solche Vielzahl der Begründungszusammenhänge findet auch in der Parteienforschung ihre Entsprechung. So kann die Begründung einer Parteimitgliedschaft aus der Perspektive rationaler Entscheidungen (*rational choice*) durchaus mit individuellen Motivationen und Vorteilen – z. B. der privilegierte Zugang zu einer Beschäftigung im öffentlichen Sektor – verknüpft werden. Was nun die Frage nach den politischen Orientierungen der Parteimitglieder anbelangt, so ist Parteien weiterhin die Fähigkeit zugesprochen worden, Sozialisationsleistungen in Bezug auf ihre Wählerschaft, aber auch auf die Mitglieder selbst zu erbringen, wengleich, wie Wiesendahl ausführt, davon auszugehen ist, dass die Sozialisationsleistungen der Parteien im hohen Maße von „Ambiguität, Unbestimmtheit und Ungewissheit“ (Wiesendahl 1996, S. 414) geprägt sind.

Unabhängig davon, ob nun die Makro- oder Individualperspektive der Mitgliedschaftsneigung zugrunde gelegt wird, wäre es sicherlich unzulässig, die Gewerkschaften lediglich als Rekrutierungsbasis für die Parteimitgliedschaft zu betrachten. In der folgenden empirischen Analyse werden wir daher auch den entgegengesetzten Fall analysieren, in dem die SPD als Rekrutierungsfeld der Gewerkschaften dient, d.h. die Gewerkschaftsmitgliedschaft der Parteimitgliedschaft nachgelagert ist. Unsere zweite Perspektive, die den Blick auf die Sequenz der Mitgliedschaftsverhältnisse richtet, untersucht individuelle Beitrittsmotive, aber auch die jeweiligen Sozialisationsleistungen der beiden beteiligten Organisationen.

3. Befragung und Methoden

Die Erhebung „Trade Union in Politics (2009)“ basiert auf einer Internetbefragung von Aktivistinnen und Aktivisten der SPD.³ Ziel dieser Befragung war es, nähere Auskünfte darüber zu erhalten, wie Parteiaktivisten das Verhältnis zu den Gewerkschaften einschätzen und wie Schlüsselmerkmale der Parteimitglieder mit besonderer Nähe oder Distanz zu den Gewerkschaften in Verbindung zu bringen sind. Die Erhebung wurde im Frühjahr 2009 als Internetbefragung durchgeführt. Nach Abschluss eines Instrumenten-Pretests wurden Parteiaktivistinnen und -aktivisten über den sogenannten Kompakt-Mailverteiler angeschrieben und zur Teilnahme an der Befragung eingeladen. Die Liste enthielt die Email-Adressen von 12.000 Personen, in ihrer Mehrheit Parteifunktionäre, aber auch eine Vielzahl von Abgeordneten und Mandatsträgern aller politischen Ebenen: vom Gemeinderat bis zum Europaparlament. Neben den genannten Funktions- und Mandatsträgern enthielt die Liste auch eine kleinere Zahl einfacher Parteiaktivisten, welche um die Aufnahme in den Verteiler gebeten hatten, und – wie alle anderen Funktions- und Mandatsträger – mehrfach pro Woche mit Informationen zu besonderen Kampagnen, Aktivitäten und internen Angelegenheiten der Partei versorgt wurden. Da wir es bei dieser Grundgesamtheit mit einer Gruppe von besonders aktiven Parteimitgliedern zu tun hatten, beansprucht unsere Befragung nicht, für die gesamte Mitgliedschaft der SPD repräsentativ zu sein.

Eine erste persönliche Einladung zur Teilnahme an unserer Befragung wurde im April 2009 verschickt. Neben einer Kurzbeschreibung der Ziele der Erhebung enthielt ►

³ Neuere Befragungsdaten zu unserem Gegenstand stehen nicht zur Verfügung, wir gehen aber davon aus, dass sich – anders als z. B. das Wahlverhalten – die in diesem Beitrag analysierten Assoziationen mit sozial-demografischen Kernmerkmalen seit der Datenerhebung nicht grundlegend verändert haben.

die Nachricht einen Link, mit dem sich die Zielpersonen Zugang zur Befragung verschaffen konnten. Um die Befragung vor Manipulationsversuchen zu schützen, hat unsere Befragungssoftware (Qualtrics) einen Cookie auf den Rechnern der Teilnehmenden abgelegt, der Mehrfachteilnahmen unterbindet. Mitte Juni wurde eine Erinnerungsnachricht verschickt, bevor die Erhebung dann Ende Juni 2009 geschlossen wurde. Insgesamt haben 2.366 Personen an der Befragung teilgenommen, was einer Rücklaufquote von 20 % entspricht. Dies entspricht in etwa den Rücklaufquoten anderer Internetbefragungen ohne Selbstrekrutierung (Hall et al. 2009, S. 511; Chang/Krosnick 2009).

Auch in den Befragungsergebnissen zeigt sich, dass wir es bei den angeschriebenen Mitgliedern des Kompakt-Mailverteilers mit einer Gruppe besonders aktiver und verbundener Parteimitglieder zu tun haben. So verfügen lediglich 17 % der 2.366 Zielpersonen, über die uns auswertbare Befragungsergebnisse vorliegen, weder über ein öffentliches Mandat noch über ein Parteiamt. Gefragt danach, wie wichtig die Parteiarbeit für ihr Leben ist (die Antworten konnten von 1= „sehr wichtig“ bis 5= „überhaupt nicht wichtig“ abgestuft werden), ergab sich mit dem Mittelwert von 1,86 eine erstaunlich große Bedeutung der Parteiarbeit. Auch dies verweist darauf, dass wir es bei unseren Zielpersonen mit einer Gruppe von aktiven Parteimitgliedern und Führungspersonlichkeiten zu tun haben, deren Einstellungen und Handeln für die Partei und ihre weitere Entwicklung von großer Bedeutung sind.

Insgesamt bestand das Befragungsinstrument aus drei Abschnitten. In einem ersten Teil wurden die Zielpersonen anhand von vorgegebenen Statements um Auskunft darüber gebeten, wie sie die Entwicklung des deutschen Sozialstaats und das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften einschätzen. In einem zweiten Abschnitt wurden die befragten SPD-Aktivisten um eine Reihe von Angaben zu ihrer Person gebeten. Neben Angaben zu Alter, Geschlecht, Bildung und besonders wichtigen politischen Arbeitsfeldern wurde auch nach weiteren Mitgliedschaften und deren Dauer gefragt. Schließlich hatten die Befragten in einem dritten Befragungsteil auch Gelegenheit, ihre persönlichen Einschätzungen zum Verhältnis SPD-Gewerkschaften in eigenen Worten näher auszuführen.

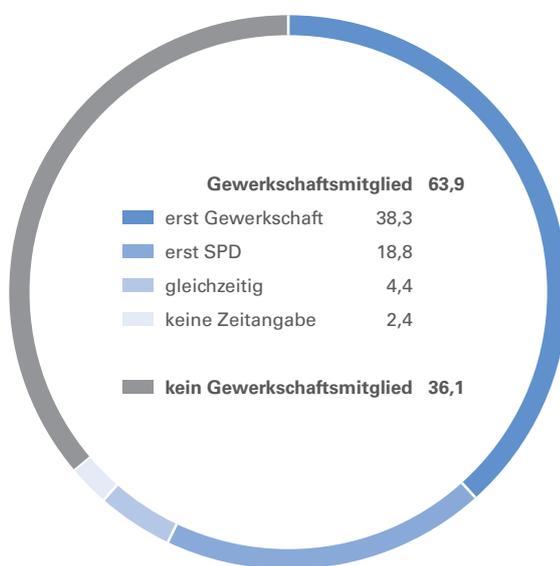
4. Demografische Merkmale

Wie vorab schon benannt, bezieht sich unsere Befragung auf die Gruppe der Parteiaktivisten bzw. Parteifunktionäre (beiderlei Geschlechts). Wenn es nun in der Folge darum geht, die soziodemografischen Merkmale von Partei und Gewerkschaften miteinander zu vergleichen, werden im Wesentlichen zwei Gruppen in die Analyse einbezogen. Im Zentrum der Analyse steht zunächst die Schnittmenge zwischen Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern, also jene Parteiaktivisten,

ABB. 1

Gewerkschaftsmitgliedschaft unter SPD-Aktivisten

Anteile in Prozent



Quelle: Berechnungen der Autoren. Auf Basis der Befragung „Trade Unions in Politics (2009)“.

WSI Mitteilungen

die neben ihrer Parteimitgliedschaft auch Mitglieder einer Gewerkschaft sind. Diese Gruppe vergleichen wir mit den aktiven Parteimitgliedern ohne Gewerkschaftsmitgliedschaft. Aufgrund der Anlage unserer Untersuchung steht uns leider keine dritte Vergleichsgruppe der Gewerkschaftsmitglieder ohne Parteimitgliedschaft (bzw. Mitgliedschaft in einer anderen Partei als der SPD) zur Verfügung.

Wie in *Abbildung 1* dargestellt, gehören 64 % der von uns befragten Personen neben der SPD auch einer Gewerkschaft an, ein Wert, der noch einmal oberhalb des Anteils von 42 % liegt, der durch die Studie „Parteimitglieder in Deutschland“ für die gesamte Mitgliedschaft der SPD ermittelt wurde (Klein 2011, S. 53). Es zeigt sich also recht deutlich, dass trotz aller Konflikte der Schröder-Jahre und der ersten großen Koalition unter Angela Merkel auch noch im Jahr 2009 die Gewerkschaft in der SPD über eine beachtliche Stärke verfügte, ohne dass freilich damit gesagt wäre, dass diese Stärke auch politisch Wirkungsmacht erlangt hätte.

Weiterhin bemerkenswert erscheint uns die Reihenfolge der Begründung dieser Mitgliedschaften zu sein, welche sich erstmalig mit Hilfe unserer Befragung ermitteln lässt. So zeigt sich, dass von den 64 % der Befragten mit Gewerkschaftsmitgliedschaft die weitaus größte Gruppe von jenen Personen repräsentiert wird, die *erst* der Gewerkschaft *und dann* der Partei beigetreten ist: Allein 38 Prozentpunkte dieser 64 % gehen auf das Konto dieser Gruppe. Weitere 19 Prozentpunkte sind der Gruppe mit genau umgekehrter Reihenfolge zuzuordnen: die Gewerkschaftsmitgliedschaft folgte chronolo-

TABELLE 1

Gewerkschaftlich organisierte SPD-Aktivist: Chronologie des Beitritts

Angaben in Jahren und in Prozent

	Alter (Durchschnitt in Jahren)	Eintrittsalter SPD (Durchschnitt in Jahren)	Eintrittsalter Gewerkschaft (Durchschnitt in Jahren)	Kohorte „Agenda 2010“, Eintritt 2003 – 08 (Anteil)
erst Gewerkschaft („Erstgewerkschafter“)	55,2	31,7	21,0	6,8 %
erst SPD („späte Gewerkschafter“)	48,8	22,7	30,0	6,8 %
gleichzeitig	53,1	24,9	24,9	[5,4 %]
kein Gewerkschaftsmitglied	50,3	30,7	–	15,2 %
alle	52,1	29,3	24,0	9,8 %

[] = Angaben wegen geringer Fallzahlen nicht zu interpretieren.

Quelle: Berechnungen der Autoren auf Basis der Befragung „Trade unions in politics (2009)“.

WSI Mitteilungen

gisch dem Beitritt zur SPD. 4% unserer Aktivistinnen und Aktivist traten im selben Jahr beiden Organisationen bei, während für 2% der Gewerkschaftsmitglieder keine vollständigen Angaben zum Zeitpunkt der jeweiligen Beitritte vorlagen. Von den weiteren Folgen, die sich aus dieser Sequenzierung ergeben, wird noch die Rede sein.

Untersucht man nun die Mitgliedschaftsverhältnisse der befragten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im Detail, so ergeben sich einige weitere Auffälligkeiten. *Abbildung 2* zeigt zunächst, in welcher der acht Mitgliedsgewerkschaften des DGB die Befragten (wenn überhaupt) Mitglied

sind und kontrastiert dies mit der Gesamtmitgliedschaft des DGB im Dezember 2008.⁴ Bemerkenswert erscheint hier zunächst der hohe Anteil der Mitglieder der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) unter den SPD-Aktiven mit Gewerkschaftszugehörigkeit. Gehören lediglich 34% der Mitglieder des DGB (oder präziser, der dem DGB angeschlossenen Mitgliedsgewerkschaften) ver.di an, so beträgt dieser Anteil unter den SPD-Aktivisten (mit Gewerkschaftszugehörigkeit) stolze 50%. Dieser „ver.di-Effekt“ wird durch zwei weitere Gewerkschaften verstärkt, die ebenso wie die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft in einem bedeutenden Teil ihres Organisationsbereichs Beschäftigte des öffentlichen Dienstes organisieren: 9% der befragten Gewerkschaftsmitglieder gehören der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und weitere 5% der Gewerkschaft der Polizei (GdP) an. Die entsprechenden Anteile innerhalb des DGB betragen 4% (GEW) und 3% (GdP). Korrespondierend ist die größte Mitgliedsgewerkschaft des DGB innerhalb unseres Samples deutlich unterrepräsentiert: Gehören 36% aller Mitglieder von DGB-Gewerkschaften der IG Metall an, so sind dies unter den SPD-Aktivistinnen und -Aktivisten lediglich 19%. Es deutet sich hier an, dass sich das Verhältnis zwischen SPD und den Gewerkschaften in einem erheblichen Maße über die Beschäftigung im öffentlichen Sektor strukturiert.

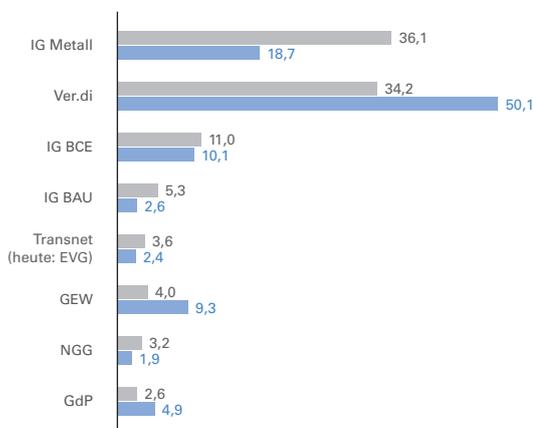
Wie *Tabelle 1* zu entnehmen ist, beträgt das durchschnittliche Alter der von uns befragten SPD-Aktivisten 52 Jahre, wobei SPD-Mitglieder, die erst der Gewerkschaft und dann der Partei beigetreten sind, mit durchschnittlich 55 Jahren ▶

ABB. 2

Gewerkschaftszugehörigkeit unter SPD-Aktivisten

Anteile an den DGB-Mitgliedsgewerkschaften in Prozent

■ Anteil DGB (2008) ■ Anteil unter SPD-Aktivisten



Quelle: Berechnungen der Autoren. Auf Basis der Befragung „Trade Unions in Politics (2009)“.

WSI Mitteilungen

4 Weitere 5% der Gewerkschaftsmitglieder gehören einer anderen, nicht dem DGB zugehörigen Gewerkschaft an. Hierunter stellen wiederum die Mitgliedsorganisationen des Deutschen Beamtenbundes (dbb) den größten Anteil (3,3%). Um die Vergleichbarkeit herzustellen, wurden diese von der in *Abbildung 2* präsentierten Analyse ausgeschlossen.

deutlich älter sind als jene mit zeitlich nachfolgender Gewerkschaftsmitgliedschaft, die im Durchschnitt 49 Jahre alt sind. Möglicherweise beobachten wir hier das Resultat eines Generationenumbruchs, wonach bei einer jüngeren Generation von Mitgliedern die Gewerkschaft als primäres Rekrutierungsfeld eine abnehmende Rolle spielt. Weiterhin fällt auf, dass im Falle beider Sequenzen der jeweilige Ursprungskontext eine prägende Rolle spielen dürfte. So sind Gewerkschaftsmitglieder ihrer Organisation im Durchschnitt bereits mehr als zehn Jahre verbunden, wenn sie dann schließlich der SPD beitreten. Umgekehrt besteht eine Parteimitgliedschaft durchschnittlich bereits mehr als sieben Jahre, wenn Sozialdemokraten schließlich von einer Gewerkschaft aufgenommen werden. Sollten beide Ausgangsorganisationen, Gewerkschaften und SPD, überhaupt einen relevanten Sozialisationseinfluss auf die Einstellungen ihrer Mitglieder ausüben, wäre auf jeden Fall genug Zeit, damit dieser auch wirksam werden kann.

Wie eingangs ausgeführt, stellen die Jahre nach Schröders Agenda 2010-Rede und die darauf folgenden umfassenden Arbeitsmarktreformen eine deutliche Belastung, wenn nicht gar Zäsur im Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften dar. So haben wir auch ermittelt, welcher Anteil der von uns befragten Aktiven im Zeitraum 2003 – 2008, also dem zweiten Kabinett Schröder und der darauf folgenden großen Koalition unter Angela Merkel, neu der SPD beigetreten ist (Tabelle 1, Spalte 4). Für immerhin 10 % der Befragten war dies der Fall. Bemerkenswert ist, dass die Kohorte „Agenda 2010“ innerhalb beider Gruppen mit Gewerkschaftszugehörigkeit mit etwa 7 % unterdurchschnittlich vertreten ist, während in dieser Zeit offensichtlich vermehrt Mitglieder (und dann spätere SPD-Aktivistinnen und -Aktivisten) ihren Weg in die Partei gefunden haben, die den Gewerkschaften distanziert gegenüberstanden. So beträgt der Anteil der Kohorte „Agenda 2010“ in

der Gruppe der „nur-Sozialdemokraten“ 15 %. Es lässt sich also festhalten, dass die kontroverse Auseinandersetzung um die Arbeitsmarktreformen der „Agenda 2010“ nicht allein für Konflikte zwischen zwei autonomen Organisationen, SPD und Gewerkschaften, gesorgt hat, sie hat darüber hinaus – zumindest zeitweise – auch die Reproduktion des gewerkschaftsaffinen Teils der sozialdemokratischen Funktions- und Aktivistenbasis beeinträchtigt.

Tabelle 2 fasst die Verteilung einiger wesentlicher erwerbsbiografischer Merkmale in Bezug auf die bereits vorgestellten Gruppen zusammen. Darüber hinaus dokumentieren wir Angaben zu zentralen außer- und innerparteilichen Aktivitäten der Befragten. Zunächst einmal fällt auf, dass in der Gruppe der „Erstgewerkschafter“ einige der Merkmale wiederzufinden sind, die für gewöhnlich mit dem traditionellen Facharbeitermilieu in Verbindung gebracht werden. So ist der Anteil von Personen mit Abitur oder Fachabitur hier im Vergleich zu allen anderen Gruppen deutlich verringert (44 % gegenüber 62 % in der Gesamtpopulation), dies trifft auch – wenngleich im weniger ausgeprägten Maße – für den Anteil der Frauen (17 % zu 19 %) zu. Die Gruppe der „späten Gewerkschaftsmitglieder“ unterscheidet sich deutlich von den „Erstgewerkschaftern“ und weist entsprechend durchschnittliche oder sogar überdurchschnittliche Anteile von Frauen und Abiturienten aus. Bemerkenswert ist auch, dass der Anteil der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in der Gruppe „spätere Gewerkschaftsmitglieder“ mit 46 % (gegenüber 40 % in der Gesamtpopulation) deutlich erhöht ist. Möglicherweise ist die Doppelmitgliedschaft in SPD und Gewerkschaft für eine Beschäftigung im Bereich staatlicher Dienststellen förderlich, sodass die Gewerkschaftsmitgliedschaft „nachgeholt“ wurde, oder SPD-Mitgliedern wird mit ihrer zunehmenden Erfahrung als Parteimitglied deutlich (gemacht), dass die Gewerkschaftsmitgliedschaft durchaus zum „guten Ton“ in der Partei gehört.

TABELLE 2

Erwerbsbiografische Merkmale von SPD-Aktivisten

Angaben in Prozent

	Geschlecht (Anteil Frauen)	Bildung (Anteil mit Abitur/ Fachabitur)	Arbeitgeber (Anteil Öffentlicher Dienst)	Anteil Mitglied im Betriebsrat	Anteil Gewerkschaftliches Wahlamt	Bedeutung Parteiarbeit im Leben (sehr hoher oder hoher Stellenwert)
erst Gewerkschaft („Erstgewerkschafter“)	16,6	44,2	38,2	25,5	34,4	79,6
erst SPD (späte Gewerkschafter“)	19,0	77,7	45,7	20,8	15,2	82,8
gleichzeitig	19,4	64,5	[28,6]	30,1	[24,7]	81,7
kein Gewerkschaftsmitglied	22,3	72,7	38,6	5,7	–	79,9
alle	19,3	62,1	39,5	17,5	17,6	80,4

[] Angaben wegen geringer Fallzahlen nicht zu interpretieren.

Quelle: Berechnungen der Autoren auf Basis der Befragung „Trade unions in politics (2009).“

Ferner sind weitere Aktivitäten, etwa als gewähltes Mitglied eines Betriebsrates oder ein Wahlmandat in der Gewerkschaft, bei den Erstgewerkschaftern deutlich weiter verbreitet als in der Gruppe der „späten Gewerkschaftsmitglieder“. Dies bedeutet im Umkehrschluss allerdings nicht, dass eine der ausgewiesenen Gruppen ganz und gar auf ihren beruflich-gewerkschaftlichen Kontext fokussiert wäre und in Bezug auf ihr Engagement für die SPD mit gebremster Leidenschaft zu Werke gehen würde. Im Gegenteil: 80% der Befragten gaben an, dass die Parteilarbeit einen hohen oder sehr hohen Stellenwert in ihrem Leben einnimmt, mit nur geringen Abweichungen zwischen den einzelnen Gruppen.

5. Einstellungen

Fragen des Sozialstaats und dessen Entwicklung haben immer schon im Zentrum der Politik der SPD gestanden. Dies schlägt sich auch in unserer Befragung nieder: Gefragt nach dem persönlich wichtigsten Politikfeld rangierte „Sozialpolitik/Arbeitsmarktpolitik“ mit 45% der Nennungen mit großem Abstand vor allen anderen Politikfeldern.⁵ Wir haben den Befragten eine Reihe von Statements zur sozialen Gerechtigkeit bzw. zur Entwicklung der deutschen Gesellschaft vorgelegt und um Auskunft darüber gebeten, ob sie diesen Statements „voll und ganz“ bzw. „eher“ bzw. diesen „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ zustimmen. Für die nun folgenden Analysen wurden die ersten beiden Kategorien zusammengefasst.

Große Anteile der Befragten stimmten der Einschätzung zu, dass sich die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößert habe (99%) und der soziale Friede gefährdet sei (78%). 74% finden es zunehmend schwerer, längerfristig zu planen. Immerhin noch 18% finden, dass keine klassische Festanstellung mehr nötig sei, um gut leben zu können, während 21% der Befragten davon ausgehen, dass es „uns heute besser geht als von fünf Jahren“, eine Zustimmungsquote, die erstaunen mag, wenn man berücksichtigt, dass die Befragung im Jahr 2009 zum Ausgang der Weltfinanzkrise stattgefunden hat. 18% der Befragten stimmen dem Statement „Wer arbeiten will, findet heute auch Arbeit“ zu (Übersicht 1).

Differenziert man die Zustimmungsanteile nun nach der Gewerkschaftsmitgliedschaft sowie (wenn überhaupt neben der Partei eine Gewerkschaftsmitgliedschaft vorliegt) nach der Sequenzierung der jeweiligen Beitritte, so ergeben sich einige bemerkenswerte Unterschiede (Abbildungen 3 und 4).

Nimmt man zunächst jene beiden in Abbildung 3 dargestellten Statements in den Blick, die große Skepsis mit der Entwicklung der deutschen Gesellschaft zum Ausdruck bringen („Gefühl, nicht mehr langfristig planen zu können“, „sozialer Friede ist bedroht“) so zeigt sich zunächst, dass SPD-Aktivistinnen und -Aktivisten, die einer Gewerkschaft angehören, die soziale Entwicklung skeptischer bewerten als ihre Genossinnen und Genossen ohne Gewerkschaftsmit-

ÜBERSICHT 1

Einstellungen von SPD-Aktivisten

Angaben in Prozent

Statement	Zustimmung*
„Die Kluft zwischen Arm und Reich wird größer.“	99
„Ich habe zunehmend das Gefühl, nicht mehr längerfristig planen zu können.“	74
„Viele Leute müssen sich heute mehr anstrengen als vor 20 Jahren und das ist gut so.“	37
„Man muss heute keine klassische Festanstellung mehr haben, um gut leben zu können.“	18
„Der soziale Friede bei uns ist bedroht.“	78
„Es geht uns heute besser als vor fünf Jahren“	21
„Wer arbeiten will, findet heute auch Arbeit.“	18

* stimme „voll und ganz“ oder „eher“ zu.

Quelle: Berechnungen der Autoren auf Basis der Befragung „Trade unions in politics (2009)“

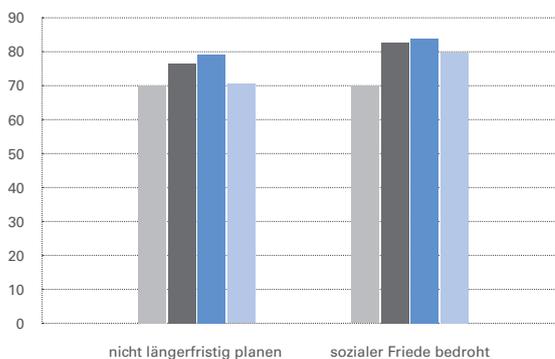
WSI Mitteilungen

ABB. 3

Einstellung von SPD-Aktivisten zur Entwicklung des deutschen Sozialstaats

Angaben in Prozent*

■ nicht in der Gewerkschaft ■ Gewerkschaftsmitglied
■ erst Gewerkschaft ■ erst SPD



*nach Gewerkschaftszugehörigkeit und Mitgliedschaftssequenz.
Anmerkung: Die ausführlichen Statements sind in Übersicht 1 aufgeführt.

Quelle: Berechnungen der Autoren.
Auf Basis der Befragung „Trade Unions in Politics (2009)“.

WSI Mitteilungen

gliedschaft. So ist unter den Gewerkschaftsmitgliedern der Anteil derjenigen, die der Aussage zustimmen, der soziale Friede sei bedroht, noch einmal 13 Prozentpunkte höher ▶

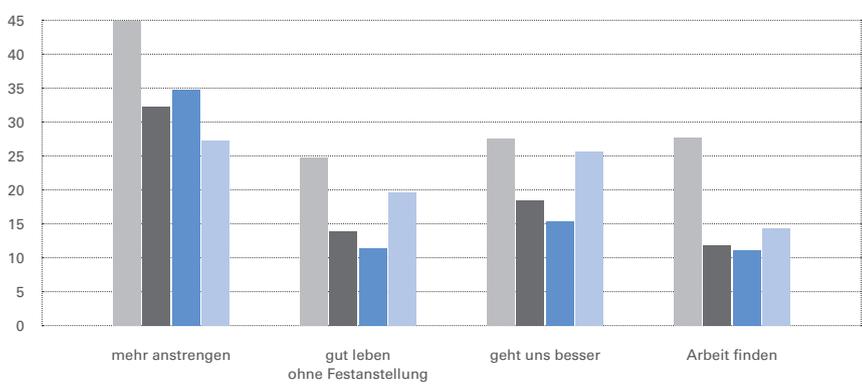
5 Neben der Sozialpolitik standen zur Auswahl: Wirtschaftspolitik, Außenpolitik, Familienpolitik, Bildungspolitik, Gleichstellungspolitik, Umweltpolitik, Entwicklungspolitik und „anderes Politikfeld“

ABB. 4

Einstellung von SPD-Aktivist*innen zur Entwicklung des deutschen Sozialstaats

Angaben in Prozent*

■ nicht in der Gewerkschaft ■ Gewerkschaftsmitglied
 ■ erst Gewerkschaft ■ erst SPD



*nach Gewerkschaftszugehörigkeit und Mitgliedschaftssequenz.
 Anmerkung: Die ausführlichen Statements sind in Übersicht 1 aufgeführt.
 Quelle: Berechnungen der Autoren auf Basis der Befragung „Trade Unions in Politics (2009)“.

WSI Mitteilungen

als der auch schon hohe Anteil der Befragten ohne Gewerkschaftsmitgliedschaft. Differenzieren wir die Gruppe der Gewerkschaftsmitglieder noch einmal aus (beide rechten Säulen von *Abbildungen 3 und 4*) und unterscheiden zwischen den „Erstgewerkschaftern“ (dritte Säule) und den „späten Gewerkschaftern“ (vierte Säule)⁶, so zeigt sich, dass die späten Gewerkschafter die soziale Entwicklung etwas weniger dramatisch beurteilen als ihre Genossinnen und Genossen, die erst der Gewerkschaft und dann der Partei beigetreten sind.

Wie in *Abbildung 4* dargestellt, weisen die Zustimmungswerte zu den Statements, die eine eher affirmative Einschätzung der sozialen Entwicklung zum Ausdruck bringen, eine ähnliche Richtung. Bei allen vier Statements reduziert eine bestehende Gewerkschaftsmitgliedschaft die Zustimmung merklich. Im Vergleich zu SPD-Aktivist*innen ohne Gewerkschaftsmitgliedschaft sind beispielsweise Gewerkschaftsmitglieder weniger häufig der Auffassung, „dass es sich auch ohne Festanstellung gut leben lässt“ oder „dass man Arbeit finden wird, wenn man es denn nur will“. Bezieht man nun wiederum die Reihenfolge der Begründung der beiden Mitgliedschaften in die Analyse mit ein, so ergibt sich folgendes Bild: Mit Ausnahme der Aussage „Viele Leute müssen sich heute mehr anstrengen als vor 20 Jahren, das ist gut so“ liegen die Zustimmungswerte der „späten Gewerkschafter“ teils deutlich über jenen der „Erstgewerkschafter“. Bei den beiden Statements „gut leben ohne Festanstellung“ und „geht uns besser“ liegen die Zustimmungswerte innerhalb dieser Gruppe deutlich näher an den Nichtgewerkschaftern als an denen jener Gruppe mit Erstgewerkschaftsmitgliedschaft.

Es zeigt sich also recht deutlich, dass der Einfluss der Gewerkschaftsmitgliedschaft auf die politischen Einstel-

lungen der Befragten zum Teil auffällig durch die Reihenfolge der beiden Organisationsbeitritte moderiert wird. So spielt es eine erhebliche Rolle, ob die befragten Personen bereits durch eine vorausgehende Gewerkschaftsmitgliedschaft sozialisiert wurden oder nicht, insbesondere weil diese Mitgliedschaft im Durchschnitt bereits mehr als zehn Jahre bestanden hat, bevor die Gruppe den Weg in die SPD gefunden hat.

Die vergleichsweise moderate Kritik der „späten Gewerkschafter“ an den bestehenden Verhältnissen mag allerdings auch darin begründet liegen, dass diese im Vergleich zu den „Erstgewerkschaftern“ höhere Bildungsabschlüsse aufweisen und auch deutlich jünger sind. Beide Merkmale sorgen für vergleichsweise gute Arbeitsmarktchancen und dürften den „späten Gewerkschaftern“ die Furcht vor epochalen Veränderungen innerhalb der deutschen Arbeitsgesellschaft nehmen. Um den Einfluss ausgewählter erwerbsdemografischer Merkmale auf die abgefragten Statements ermessen zu können, haben wir mehrere multivariate Kontrollschätzungen (binär logistische Regressionen) durchgeführt, die die in *Abbildung 3 und 4* präsentierten Einschätzungen als abhängige Variable verwenden (diese nimmt den Wert „1“ an, wenn die Befragten den präsentierten Aussagen „voll und ganz“ oder „eher“ zustimmen). Als unabhängige Variablen berücksichtigen die Modelle die Gewerkschaftsmitgliedschaft sowie die Reihenfolge des Gewerkschafts- und Parteibeitritts ebenso wie Alter und Geschlecht, den Wohnsitz (Ost- oder Westdeutschland) sowie den höchsten erworbenen Bildungsabschluss der befragten Partei-Aktiven.

Wie in *Tabelle 3* dargestellt, bestätigen sich zunächst die bereits in der bivariaten Auswertung angedeuteten Zusammenhänge (*Abbildungen 3 und 4*) mit dem Vorliegen einer Gewerkschaftsmitgliedschaft. Die Reihenfolge des Beitritts erreicht immerhin in zwei von sechs Schätzmodellen die zugrunde gelegten Signifikanzniveaus. Im Vergleich zu den „Erstgewerkschaftern“ (Referenzkategorie) und bei statistischer Kontrolle der einbezogenen erwerbsdemografischen Merkmale sind die „späten Gewerkschafter“ signifikant häufiger der Auffassung, „dass es sich auch ohne Festanstellung gut leben lässt“ und „es uns heute besser als vor fünf Jahren“ gehe. Die hier interessierenden (und häufig signifikanten) Merkmale „Alter“ und „höchster Bildungsabschluss“ deuten an, dass ein relevanter Teil des Einflusses der Mitgliedschaftssequenz letztlich auf erwerbsbiografische Merkmale zurückgeht, sich jedoch nicht vollständig aus diesen speist. Hierauf deuten nicht nur die bereits erwähnten signifikanten Koeffizienten der „späten Gewerkschafter“ hin, sondern auch die der Richtung des Einflusses der Gewerkschaftsmitgliedschaft entgegenstehenden signifikanten Koeffizienten der Bildungsabschlüsse bei der Einschätzung

6 Für diese Analyse wurden neben den Befragten ohne Gewerkschaftsmitgliedschaft auch jene Personen ausgeschlossen, die innerhalb des selben Jahres der SPD und einer Gewerkschaft beigetreten sind.

TABELLE 3

Einstellungitems (Koeffizienten der Schätzung)

Binäre logistische Regressionen

	nicht längerfristig planen	soziale Friede bedroht	mehr anstrengen	gut leben ohne Festanstellung	geht uns besser	Arbeit finden
Erstgewerkschafter	(Referenz)	(Referenz)	(Referenz)	(Referenz)	(Referenz)	(Referenz)
späte Gewerkschafter	-.214	-.118	-.140	.301*	.374**	.143
kein Gewerkschaftsmitglied	-.301**	-.643***	.586***	.638***	.524***	1.046***
Alter (in Jahren)	-.006	.004	.018***	-.016***	-.006	-.031***
Ostdeutschland	.072	-.453**	.422**	.522***	.442**	.223
Geschlecht (1 = Frau)	-.112	.222	-.109	.071	-.500***	-.381**
höchster Bildungsabschluss (Abitur)	(Referenz)	(Referenz)	(Referenz)	(Referenz)	(Referenz)	(Referenz)
höchster Bildungsabschluss (Hauptschule oder ohne Abschluss)	.918***	.171	.386***	-.754***	-.621***	.128
höchster Bildungsabschluss (mittlere Reife)	.560***	.433***	.312***	-.546***	-.298**	.253
Konstante	1.299***	1.221***	-1.837***	-.901***	-1.051***	-.477*
n	2.081	2.087	2.044	2.079	2.083	2.078
R ²	.042	.046	.054	.077	.052	.102

***/**/* signifikant auf dem 1/5/10-Prozent Niveau.

Quelle: Berechnungen der Autoren auf Basis der Befragung „Trade unions in politics (2009)“

WSI Mitteilungen

„Wir müssen uns heute mehr anstrengen als vor 20 Jahren und das ist gut so“.

Die dargestellten Befunde deuten an, dass auch jenseits des Einflusses sozial-demografischer Merkmale, eine zusätzliche Mitgliedschaft in der jeweils anderen Organisationen funktional für das Weiterkommen sowohl in der Gewerkschaft als auch in der Partei sein könnte.

6. Fazit

Die uns vorliegenden Daten erlauben zwar keine detaillierten Aussagen zur Entwicklung des Gewerkschaftseinflusses in der SPD im Zeitverlauf, jedoch finden wir keinen Hinweis darauf, dass es im Zuge der vielfältigen Spannungen und strukturellen Verwerfungen zu einer tief greifenden Entkoppelung von SPD und den Gewerkschaften gekommen wäre. Auch nach der Agenda 2010, veränderter Parteienlandschaft, De-Legitimierung von Parteienpolitik „und alledem“ gehört mit 64 % immer noch die überwiegende Mehrheit der von uns befragten Parteikivistinnen und -aktivisten einer Gewerkschaft an. Wie

weiterhin der Vergleich von Einschätzungen zu wesentlichen Entwicklungen der deutschen Gesellschaft im Allgemeinen und des deutschen Sozialstaates im Besonderen zeigt, handelt es sich bei der Gewerkschaftsmitgliedschaft von SPD-Aktiven um mehr als das oberflächliche Bestehen einer Organisationszugehörigkeit. Gewerkschaftlich organisierte Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben einen eigenen Blick auf die Welt; im Vergleich zu den „nur Sozialdemokraten“ schätzen sie aktuelle Entwicklungen im Bereich der politischen Ökonomie Deutschlands deutlich kritischer ein. Sie können sich beispielsweise mit Tendenzen zur Entsolidarisierung der Arbeitsgesellschaft („Wer heute arbeiten will, findet auch Arbeit“) deutlich seltener anfreunden als ihre Genossinnen und Genossen ohne Gewerkschaftsmitgliedschaft.

Wie unsere Analyse weiterhin belegt, hinterlassen die jeweiligen Ursprungsmitgliedschaftsverhältnisse im Bereich der politischen Einschätzungen deutliche Spuren. So ergibt es für diese Einstellungen einen – zum Teil erheblichen – Unterschied, ob gewerkschaftlich organisierte Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zuerst der Gewerkschaft und dann der Partei beigetreten sind, oder ob die Begründung der Mitgliedschaftsverhältnisse in umgekehrter Reihenfolge erfolgte. Wie unsere Analyse zeigt, verstärkt bei ►

den „Erstgewerkschaftern“ die zeitlich vorangehende Gewerkschaftsmitgliedschaft noch den allgemein von der Gewerkschaftsmitgliedschaft ausgehenden Effekt. Bei den „späten Gewerkschaftern“ hingegen wird in Bezug auf die Einstellungen der Befragten der Gewerkschaftseinfluss verwässert. „Späte Gewerkschafter“ unterscheiden sich zwar zumeist merklich von ihren Genossen ohne Gewerkschaftsbuch, ihre Kritik an den bestehenden Verhältnissen erscheint aber vergleichsweise moderat.

Wie unsere multivariaten Schätzungen zeigen, lassen sich diese Einschätzungen der „späten Gewerkschafter“ zwar zu relevanten Teilen durch ihre vergleichsweise besseren Chancen auf dem Arbeitsmarkt erklären, erschöpfen sich aber nicht darin. Die Sozialisierungsleistung der Gewerkschaften spielt weiterhin eine Rolle. Letztlich verweisen diese Befunde darauf, dass in Bezug auf politische Einstellungen und Wertungen neben (rationalen) Mitgliedschaftsentscheidungen der Personen selbst auch die Sozialisierungsleistungen ihrer Ursprungsorganisationen weiterhin eine bedeutende Rolle spielen.

Ob dies aber auch in Zukunft der Fall sein wird, ist ungewiss. So schrumpft mit der langjährigen Mitgliederkrise der deutschen Gewerkschaften letztlich auch das Reservoir an aktiven Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, aus denen sich neue Parteimitglieder und vor allem auch Aktivistinnen und Aktivisten rekrutieren lassen; ein Tatbestand, der gleichermaßen auch für jene anderen Parteien Wirkung entfaltet, die im erheblichen Maße Gewerkschaftsmitglieder in ihren eigenen Reihen organisieren. Selbst wenn es SPD und Gewerkschaften dauerhaft gelingen sollte, ihre „privilegierte Partnerschaft“ zu erneuern, so bleibt es dabei: der Kreis der Gewerkschaftsmitglieder, aus dessen Mitte die Partei neue Mitglieder gewinnen möchte, hat sich seit 1991 nahezu halbiert. ■

LITERATUR

- Abedi, A./Siaroff, A.** (2011): The kingmaker is dead, long live the kingmaker: Examining the degree of influence of small parties in the coalition-formation process in Germany, in: *German Politics* 20 (2), S. 243–259
- Chang, L./Krosnick, J.** (2009): National surveys via RDD telephone interviewing versus the internet, in: *Public Opinion Quarterly* 73 (4), S. 641–678
- Crouch, C.** (2008): Postdemokratie, Frankfurt a .M.
- Ebbinghaus, B.** (1995): The Siamese twins: Citizenship rights, cleavage formation, and party-union relations in Western Europe, in: *International Review of Social History* 40 (Supplement 3), S. 51–89
- Ebbinghaus, B./Göbel, C.** (2014): Mitgliederrückgang und Organisationsstrategien deutscher Gewerkschaften, in: Schroeder, W. (Hrsg.): *Handbuch Gewerkschaften in Deutschland*, 2. Aufl., Wiesbaden, S. 207–239
- Fukuyama, F.** (1992): *The end of history and the last man*, New York
- Hall, T./Monson, J. Q./Patterson, K.** (2009): The human dimension of elections. How poll workers shape public confidence in elections, in: *Political Research Quarterly* 62 (3), S. 507–522
- Jacoby, W./Behrens, M.** (2016): ‚Breaking up is hard to do‘: German trade unions within the Social Democratic Party, in: *Comparative European Politics* 14 (3), S. 273–297
- Klecha, S.** (2007): Personelle Distanzen und verbliebene programmatische Anknüpfungspunkte, in: *perspektiven ds* 24 (01) S. 90–101
- Klein, M.** (2011): Wie sind die Parteien gesellschaftlich verwurzelt?, in: Spier, T./Klein, M./Alemann, U. v./Hoffmann, H./Laux, A./Nonnenmacher, A./Rohrbach, K. (Hrsg.): *Parteimitglieder in Deutschland*, Wiesbaden, S. 39–60
- Knyphausen-Aufseß, D./Linke, R./Nikol, P.** (2010): Die deutschen Gewerkschaften: Ein Review der aktuellen Forschungsliteratur, in: *Zeitschrift für Betriebswirtschaft* 80 (5), S. 561–609
- Markovits, A. S.** (1986): *The politics of the West German trade unions. Strategies of class and interest representation in growth and crisis*, Cambridge
- Matthias, E.** (1982): Das Mannheimer Abkommen von 1906, in: Matthias, E. (Hrsg.): *Einheitsgewerkschaft und Parteipolitik*, Düsseldorf, S.66–80

Miller, S. (1981): Das „Mannheimer Abkommen“ von 1906 zwischen SPD und freien Gewerkschaften, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 36 (9), S. 824–829

Neusser, C. (2013): *Pluralisierte Partnerschaften. Über den Wandel der Parteien-Gewerkschafts-Beziehungen*, Berlin

Niedermayer, O. (2006): Die Wählerschaft der Linkspartei. PDS 2005: sozialstruktureller Wandel bei gleich bleibender politischer Positionierung, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 37 (3), S. 523–252

Niethammer, L. (1997): *Posthistoire. Ist die Geschichte zu Ende?*, Reinbek

Olson, J. (2007): The merger of the PDS and WASG: From Eastern German regional party to national radical left party?, in: *German Politics* 16 (2), S. 205–221

Schnabel, C./Wagner, J. (2005): Determinants of trade union membership in West Germany: Evidence from micro data, 1980–2000, in: *Socio-Economic Review* 3 (1), S. 1–24

Schneider, M. (2000): *Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute*, Bonn

Schroeder, W. (2008): SPD und Gewerkschaften: Vom Wandel einer privilegierten Partnerschaft, in: *WSI-Mitteilungen* 61 (5), S. 231–237, https://www.boeckler.de/wsi-mitteilungen_25078_25089.htm

Silvia, S. J. (2013): *Holding the shop together. German industrial relations in the postwar era*, Ithaca/London

Spier, T. (2017): Growing apart? Trade unions and centre-left parties in Germany, in: Allern, E. H./Bale, T. (Hrsg.): *Left-of-Centre Parties and trade unions in the twenty-first century*, Oxford, S. 130–148

Visser, J. (2016): ICTWSS database. Database on institutional characteristics of trade unions, wage setting, state intervention, and social pacts in 41 countries between 1960 and 2014. Version 5.1. Amsterdam, <http://uva-aias.net/en/ictwss>

Walter, F. (2009): *Im Herbst der Volksparteien? Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration*, Bielefeld

Wetzel, D. (2012): *Mehr Gerechtigkeit wagen. Der Weg eines Gewerkschafters*, Hamburg

Wetzel, D. (Hrsg.) (2013): *Organizing. Die Veränderung der gewerkschaftlichen Praxis durch das Prinzip Beteiligung*, Hamburg

Wiesendahl, E. (1996): Parteien als Instanzen der politischen Sozialisation, in: Claußen, B./Geißler, R. (Hrsg.): *Die Politisierung des Menschen. Ein Handbuch*, Wiesbaden, S. 401–424

AUTOREN

MARTIN BEHRENS, PD Dr., Wissenschaftler im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Arbeitsschwerpunkte: Vergleichende industrielle Beziehungen, Arbeitgeberverbände, betriebliche Mitbestimmung.

@ martin-behrens@boeckler.de

WADE JACOBY, Dr., Professor für Politikwissenschaft an der Brigham Young University, Provo/USA, Department of Political Science. Arbeitsschwerpunkte: Politisches System Deutschlands, makroökonomische Ungleichgewichte, Arbeitsbeziehungen.

@ wade_jacoby@byu.edu